

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

Dior. Sagmeister berichtet über Maßregeln zur Behebung der Wohnungsnot und führt aus, daß die sogenannte schlechte Gestaltung des Wohnungsmarktes unter anderen Verhältnissen von guter Bedeutung für den Kredit und die Stellung der Stadt Wien wäre und in gewissem Sinne könne er sagen, er hoffe, daß die starke Nachfrage nach Wohnungen bleiben werde. Im Verfolge des Wohnungsprogrammes der Gemeinde Wien solle zunächst für die Herstellung von 1000 Wohnungen gesorgt werden, und er habe die Ueberzeugung, daß man sie alle anbringen werde. Die Leute sehen voll Zuversicht in die Zukunft. Es sei richtig, daß ein sehr starkes Zuströmen von anderen Ländern stattfinde, und zwar von Leuten in besserer Stellung. Nun komme aber ein großes Interkalar von November bis Februar. Gegenwärtig gebe es eine Abwanderung von Wien fast gar nicht, außer in den untersten Schichten und selbst die könnten nicht fort, weil die Bahnen nicht gehen. Alle anderen

müßten dableiben, eine Uebersiedlung mit Möbeln sei ausgeschlossen. Es sei nicht eine Wohnung frei. Andererseits sei ein ungeheurer Zuzug zu erwarten und zum Teil auch schon eingetreten. Die Leute fänden keine Unterkunft. Er habe sich im Kriegsministerium mit dem Adjunkten Dr. Haas ins Einvernehmen gesetzt, er hoffe, daß er von den 3000 Wohnräumen, die das Kriegsministerium in Wien innehatte, möglichst bald viele freigeben könne, er könne keinen Termin bestimmen. Diese Räume seien auch zum großen Teil so umgewandelt, daß sie für Wohnzwecke nicht gleich benützt werden könnten. Dorum habe sich die Frage aufgedrängt, ob man nicht im Sinne einer schon im Ministerium für soziale Fürsorge in Verhandlung stehenden Verordnung auf die schon bestehenden eigentlichen Wohnungen, die jetzt unbewohnt seien, greifen solle. Zum Teile ständen Möbel darin, aber sie seien nicht bewohnt. Im Ministerium für soziale Fürsorge sei ein Gesetzentwurf in Verhandlung, das komme aber hier nicht in Betracht, weil der Termin zu spät sei, und werde nur für einen späteren Zeitpunkt aktuell werden, wo vielleicht schon Erleichterungen eintreten werden. Es würde sich also nur um die jetzige Zeit handeln. Es kämen jetzt schon Leute zurück, und daß man dies am Arbeitsmarktenicht so merke, sei begreiflich, denn die Leute kämen mehr tot als lebendig an und es sei begreiflich, daß sie nicht sofort Arbeit suchten, sondern ein paar Tage bei ihrer Familie ausruhen wollten. Wegen Uebernahme des Artilleriebarackenlagers werde morgen verhandelt werden. Heute sei ihm mitgeteilt worden, daß inzwischen von anderer Seite Ukrainer gekommen seien, die dort zu plündern angefangen hätten. Der Kommandant habe nur 40 Mann und könne nichts machen. Es seien also jetzt Ukrainer dort und gingen so lange nicht weg, als sie nicht abfahren könnten. Das Lager werde in einem Zustande sein, daß die Mittellasse dort unmöglich wohnen werde können.

Bmg. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß G.R. Neumann einmal einen zweckmäßig erscheinenden Antrag eingebracht habe, daß gewisse Zone um Wien herum in die Aktion der Wohnungsfürsorge einbezogen werde. In der Nähe Wiens seien Hunderte und Tausende von Sommerwohnungen leer.

Dior. Dr. Sagmeister erklärt, daß im Entwurf des Ministeriums die Sache vorgesehen sei. Es solle eine Wohnzone gebildet werden und in dieser die gleichen Anforderungen gestellt werden wie in Wien selbst; diese Idee komme also zur Durchführung, allerdings in bürokratischer Weise mit allen möglichen Terminen und Organen. Dann fürchte er auch die Verkehrsverhältnisse. Der Verkehr zum Beispiel nach Mauer werde Schwierigkeiten haben. Morgen werde eine Beratung im Ministerium für soziale Fürsorge stattfinden, und er würde dabei darauf hinwirken, außerdem beantrage er, daß eine Kundmachung auf Grund des Gemeindestatutes, allerdings in ziemlich weitgehender Auslegung desselben, hinausgehe, daß in Anbetracht der Notwendigkeit, Wohnungen zu verschaffen und die Sicherheit der Personen und des Eigentums zu verbürgen, nach §§ 46 und 100 des Gemeindestatutes die in Wien vorhandenen unbewohnten Räume in größeren Gebäuden mit der Wirkung in Anspruch genommen werden, daß die weitere Verfügung über die angeforderten Räumlichkeiten ausschließlich dem städtischen Wohnungsamte zustehe. Er hoffe aber, daß unter einigen Tagen die Ministerial-Verordnung herauskomme, den es sei in jeder Hinsicht besser, das Odium nicht selbst zu haben

und daß die Sache in Form Rechtens geschehe. Komme die Verordnung nicht, so müßte er neuerlich berichten, ob nicht doch andere Maßregeln ergriffen werden müßten, denn es müßte sehr bald die Sache geregelt werden.

G.R. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller führt aus, daß er vor einiger Zeit im Gemeinderate eine viel radikalere Maßregel beantragt habe, die Verschlagung von Wohnungen. Er sei aber nicht gegen den Vorschlag des Herrn Direktors, weil er gegen einen Eingriff in die Privatverhältnisse sei, er sei nur mit aller Entschiedenheit dagegen, weil er heute höchst unzeitgemäß sei, wo jede Handlung anders gewertet und aufgefaßt werde. Er sei auch der Ansicht, daß dies nicht nötig sei. Die Erledigung des Requisitionsgesetzes wäre viel wichtiger. Im Laufe der nächsten Tage werden zwei Häuser frei, jedes mit 24 bürgerlichen Wohnungen. Wenn die hergegeben werden, seien sie für die Gemeinde verloren. Er verhandle darüber schon seit langem.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt, daß diese Angelegenheit schon lange im Eisenbahnministerium anhängig sei.

Dior. Dr. Sagmeister erklärt, daß die Sache jede Woche betrieben werde und vielleicht morgen Gelegenheit sein werde, diese Sache zu berühren. Es würde aber zweckmäßig sein, wenn jemand ex praesidio zur Besprechung in das Ministerium für soziale Fürsorge entsendet werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner ersucht den G.R. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller, diese Funktion zu übernehmen.

G.R. Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller führt weiter aus, daß jetzt eine Reihe von Häusern abgestoßen werde. Das Haus in der Badgasse sei dem G.R. Kummelhardt für die Lehrlinge zugesagt. Das Haus am Mariahilfergürtel müßte der Magistrat übernehmen. Dieses Haus gehöre der Hotel-Aktiengesellschaft und mit dieser habe er jetzt eine Vereinbarung, daß sie ihre Entschädigungsansprüche gegen ihn mit 30.000 K ausgleiche unter der Bedingung, daß er ihr das Haus zurückgebe. Er sei also eigentlich jetzt wortbrüchig, aber es sei seine Pflicht als Gemeinderat, schließlich werde ja die Gesellschaft dafür entschädigt. Das Kriegsministerium habe viele wertvolle Räume in Anspruch genommen, von denen man nicht wisse, wann sie frei würden, besonders die Hotels „National“ und „Hungaria“. Hier sollte die Gemeinde eine Aktion einleiten, die vorgeschlagene Maßregel halte er aber nicht für zeitgemäß. Wenn der Herr Bürgermeister sich an die Spitze der Aktion stelle und sich mit den betreffenden Staats-Sekretären ins Einvernehmen setze, damit diese Gebäude sichergestellt würden, werde der momentanen Wohnungsnot abgeholfen werden können. Die Zahl der möblierten Zimmer habe außerordentlich zugenommen, die Leute vermieteten auch ganze Wohnungen möbliert. Natürlich machten sie dabei ein recht gutes Geschäft. Auch dagegen sollte etwas geschehen.

Dior. Dr. Sagmeister ersucht um Mitteilung genauer Daten. Die neue Mieterschutz-Verordnung erkläre solche Transaktionen nicht nur für ungültig, sondern untersage sie auch. Es sei einige Male aufs schärfste eingegriffen worden und infolgedessen hätten die sogenannten Ablösegeschäfte jetzt aufgehört. Bezüglich der Requisitionen-Verordnung liege der Regierung der fertige Entwurf vor, er brauche nur genehmigt werden.

Regierungsrat Schmid ist der Meinung, daß eine große Zuwanderung erfolgen werde. Die Leute, die zurückkämen, werden wieder eine eigene Wohnung haben wollen. Andererseits